



5. September 2017

Presseerklärung

Die „Initiative zum Erhalt der Hauptstraße“ hat am 4. September 2017 ein Bürgerbegehren gegen den Bau von Hochbahnsteigen in der Hauptstraße zwischen der Berliner Straße und der Post eingereicht. Im Namen der Initiative „Hochbahnsteig – hier & jetzt“ nehmen wir wie folgt dazu Stellung:

1. Das Bürgerbegehren widerspricht nach unserer Auffassung in wesentlichen Punkten der Gemeindeordnung NRW. Wir gehen davon aus, dass das Rechtsamt dies so feststellen und die Bezirksregierung in Detmold das auch bestätigen wird.
2. In den letzten 10 Monaten haben sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger bei uns gemeldet, die sich von den Betreibern des Bürgerbegehrens fehlinformiert und mit unzutreffenden Argumenten zu einer Unterschrift gedrängt fühlten. Wir gehen davon aus, dass das auf sehr viele Unterschriften zutrifft.
3. Das Bürgerbegehren bleibt die Antwort schuldig, wie in der Brackweder Hauptstraße die gesetzlich vorgeschriebene Barrierefreiheit für die Stadtbahn hergestellt werden soll. Bei der Übergabe der Unterschriften wurde offenbar erneut argumentiert, man könne eine Niederflurbahn durch Brackwede fahren lassen und am Haltepunkt Brackwede Bahnhof mit dem bestehenden Hochflursystem verknüpfen. Abgesehen davon, dass dieser Vorschlag nicht im Text des Bürgerbegehrens steht, ist er nach Auffassung aller Fachleute weder fahrgastfreundlich noch finanzierbar.
4. Die Probleme mit Lieferverkehren, Not- und Rettungsdiensten und dem Radverkehr haben ihre Ursache darin, dass nur begrenzter Raum zur Verfügung steht. Eine Hochflur- und eine Niederflurlösung unterscheiden sich hier lediglich um den für die Rampen beanspruchten Raum. Ansonsten ist der Flächenverbrauch i. W. derselbe. Wenn man wirklich mehr Raum für Lieferverkehre, Not- und Rettungsdienste und den Radverkehr, gegebenenfalls für Außengastronomie, haben will, muss man den Autoverkehr – bis auf Anlieger – aus der Hauptstraße herausnehmen und die Stellplatzflächen für die anderen Verkehrsteilnehmer zur Verfügung stellen.
5. Bis zum 1. Januar 2022 muss nach dem Personenbeförderungsgesetz Barrierefreiheit im ÖPNV hergestellt werden. Wir appellieren an alle, jetzt konstruktiv dazu beizutragen, dass dies auch umgesetzt wird. Das Planfeststellungsverfahren für die Hochbahnsteige in der Hauptstraße sollte – auf der Grundlage der gefassten Beschlüsse – jetzt zügig eingeleitet werden, damit Ende 2018 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Wolfgang Baum, Vorsitzender des Beirates für Behindertenfragen, Tel. 445044
Karola Rengis, 1. Vorsitzende der Polio-Selbsthilfe e. V., Tel. 403535
Dr. Godehard Franzen, Vorsitzender von „Bielefeld pro Nahverkehr“, 0172 5366432
Martin Kaufmann, Stellvertr. Vorsitzender von „Bielefeld pro Nahverkehr“, 0170 3308021